

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Jugendhilfeausschusses am 04.09.2003**

***öffentlich***

---

**Ort:                   Deutscher Kinderschutzbund, "Blauer Elefant"  
                          Anhalter Platz 01, 06132 Halle (Saale)**

**Zeit:                   16:00 Uhr bis 19.30 Uhr**

**Anwesenheit:        siehe Teilnehmerverzeichnis**

**Anwesend sind:**

Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Klaus Hinze	SBE
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Hannelore Blumenthal	UBF
Frau Dorothee Fischer	BE
Herr Winfried Weber	ZMTG
Frau Deckwerth	BE
Frau Renate Leonhardt	BE
Herr Lothar Rochau	Verw.
Herr Sarunski	BE
Frau Rychla	BE
Frau Dagmar Szabados	Verw.
Frau Heike von Nievenheim	Verw
Herr Uwe Weiske	Verw

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Ulrich Richter	SPD	
Herr Walter Große-Wöhrmann	SBE	i.V. Frau Antje Klotsch
Frau Helga Schubert	ZMTG	i.V. Frau Adele Forkel
Herr Steffen Wieders		i.V. Detlev Paul
Herr Jochen Heyroth		
Frau Stefanie Albrecht		
Frau Thea Ilse		entschuldigt
Herr Jomrich		
Herr Ladewig		entschuldigt
Frau Susanne Schmotz	Verw.	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2003
- 4. Präsentation der Ergebnisse des Projektes Silberhöhe im Rahmen des Programmes "Entwicklung und Chancen junger Menschen EC", Teilprogramm "KQ - Kompetenz und Qualifikation für Menschen"  
Berichterstattung: Frau Kaufmann, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Frau Herden, Projektleiterin K+Q Silberhöhe, S.T.E.R.N - Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung
- 5. Beschlussvorlage "Teilnahme des Kinder- und Jugendrates am Jugendhilfeausschuss"  
Vorlagen-Nr.: III/2003/03465
- 6. Jugendsituationsbericht 2/ 2003 des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie  
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie
- 7. Jahresbericht 2002 - Netzwerk gegen Drogen  
Berichterstattung: Frau Günther, Drogenbeauftragte
- 8. Informationsvorlage zur Umsetzung des ESF-Förderschwerpunktes "Lokales Kapital für soziale Zwecke" in der Stadt Halle (Saale)
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 10. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 11. Mitteilungen  
der Verwaltung zur Anfrage von Frau Ute Haupt im JHA Juni 2003 zur Jugendclique Silberhöhe in Verbindung mit der Umsetzung des Präventionskonzeptes Kinderdelinquenz
- 12. Anregungen

## zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

---

### Wortprotokoll:

Da keine Kinder und Jugendlichen erschienen waren, wurde die Sitzung sofort eröffnet.

## zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

### Wortprotokoll:

**Frau Hanna Haupt** eröffnete die Sitzung und stellte fest, dass die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben ist. Sie bedankte sich beim DKSB für die Möglichkeit, den Ausschuss in deren Räumlichkeiten tagen zu lassen.

Sie begrüßte zwei neue Mitglieder des Ausschusses, Frau Blumenthal von der UBF und Frau Rychla von der Jüdischen Gemeinde.

Als Gast begrüßte Frau Hanna Haupt vom Fachbereich Stadtentwicklung und –planung Frau Neubert.

## zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

---

### Wortprotokoll:

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung vor und diese wurde bestätigt.

## zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 03. Juli 2003**

---

### Wortprotokoll:

Die Niederschrift vom 04. September 2003 wurde bestätigt.

- zu 4 Präsentation der Ergebnisse des Projektes Silberhöhe im Rahmen des Programmes "Entwicklung und Chancen junger Menschen EC", Teilprogramm "KQ - Kompetenz und Qualifikation für Menschen" Berichterstattung: Frau Kaufmann, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie  
Frau Dr. Herden, Projektleiterin K+Q Silberhöhe, S.T.E.R.N - Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung**
- 

**Wortprotokoll:**

**Frau Kaufmann**, Mitarbeiterin des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie, sprach einige einführende Worte zum Programm „Kompetenz und Qualifikation für Menschen in sozialen Brennpunkten“ als Teilprogramm der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“, welches vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wurde.

Anschließend sprach die Projektleiterin K+Q Silberhöhe, **Frau Dr. Herden**, über die Projektergebnisse in dem Stadtteil. Als Problem benannte sie die kurze Zeitschiene, in welcher Anschlag, Umsetzung und Abrechnung des Programmes erfolgen musste. Die Broschüre über die „Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit in der Silberhöhe“ wurde im Ausschuss verteilt und auf das entstandene Video aufmerksam gemacht.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes** ob sich hierbei nur Kinder und Jugendliche des „Blauen Elefanten“ beteiligt haben und wie die Resonanz an den Schulen war.

**Frau Herden** antwortete, dass überwiegend Kinder und Jugendliche aus den Einrichtungen des „Deutschen Kinderschutzbundes“ und „Bäumchen“ beteiligt waren. An den Schulen wurden Handzettel verteilt, um auf das Projekt aufmerksam zu machen. Bei dem Filmprojekt wurde mit den Schulen gearbeitet. Für die Vorbereitungsphase waren allerdings auch 15-20 Personen völlig ausreichend. Zum Erlebnistag Silberhöhe kamen nur einige Familien aus dem Stadtteil, diese waren an ähnlichen Projekten aber sehr interessiert und bewerteten den mit der Villa Jühling gemeinsam durchgeführten Tag als sehr gelungen.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes** zu dem erwähnten Spielplatzprojekt hinsichtlich der Beteiligung der Fachhochschule und durch wen die Finanzierung dafür erfolgte.

**Frau Herden** antwortete, dass durch das „Bäumchen“ gemeinsam mit Studenten der FHS das Klettergerüst und die Gestaltung des Außenraumes entwickelt wurde. Die Finanzierung erfolgte über K+Q.

**zu 5      **Beschlussvorlage "Teilnahme des Kinder- und Jugendrates am  
Jugendhilfeausschuss"**  
Vorlagen-Nr.: III/2003/03465**

---

**Wortprotokoll:**

**Frau Szabados** sprach an, dass in der Vorlage das aufgegriffen wurde, was im Ausschuss vorher besprochen worden war. Dies wird jetzt als Selbstbindungsbeschluss des Jugendhilfeausschusses angesehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Befürwortungen:	12
Ablehnungen:	0
Enthaltungen:	1

**Dem Vorschlag der Verwaltung wurde mehrheitlich zugestimmt.**

**zu 6      **Jugendsituationsbericht 2/ 2003 des Fachbereiches Kinder, Jugend  
und Familie**  
**Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend  
und Familie****

---

**Wortprotokoll:**

**Herr Rochau** stellte den Jugendsituationsbericht nach seinen vier Untergliederungen vor und ging im Einzelnen darauf ein.

Unter Punkt 1 wird auf die „Unterhaltsvorauszahlung für Kinder bis 12 Jahre“ eingegangen. Zum 01.07.03 haben sich diese Beträge geändert. Eine aktuelle Unterhaltstabelle wurde dem Bericht als Anlage beigefügt.

**Herr Rochau** sprach wesentliche Veränderungen an und verwies darauf, dass im FB Kinder, Jugend und Familie eine fachgerechte Beratung und Bearbeitung erfolgt.

Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass durch die Fachabteilung für interessierte Bürger unserer Stadt ein „Leitfaden zum Kindesunterhalt“ entwickelt und ins Internet gestellt wurde. Dieser ist **unter [www.halle.de/Bürger und Kommune/Rathaus ABC/](http://www.halle.de/Bürger_und_Kommune/Rathaus_ABC/Unterhalt/Leitfaden_Kindesunterhalt)**

**Unterhalt/Leitfaden Kindesunterhalt** zu finden.

Zu Punkt 2 „ Situation über ausländische Kinder, Jugendliche und Familien aus dem Irak – vorrangig Halle-Neustadt“ informierte er ausführlich . Er verwies in dem Zusammenhang darauf, dass es eine gute Kooperation mit den Jugendkontaktbeamten der Polizei gibt. Im Rahmen des Projektes „Neustart“ wurde die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe, Schulen, Wohnungsgesellschaften etc. ausgebaut.

Unter Punkt 3 im Bericht wird auf die aktuelle Situation im Stadtteil Halle Ost eingegangen. Diskussionsthema war in der Vergangenheit hier die Problematik illegaler Drogen.

**Herr Rochau** sprach an, dass aber der Umgang mit legalen Drogen wie Alkohol eine große Rolle hier spielt. Illegale Drogen sind kein Spezifikum dieses Stadtteils gegenüber anderen

Stadtteilen. Herr Rochau erläuterte dies entsprechend und verwies auf die Rückkopplung mit der Drogenbeauftragten der Stadt, welche dies so bestätigen kann.

Im 4. Punkt des Berichtes wird auf die Verschuldung von Jugendlichen in der Stadt eingegangen. Ein großes Problem sind hierbei die „Handyschulden“ als auch Kontenüberziehungen. Herr Rochau wies darauf hin, bei welchen Stellen Jugendliche Rat und Hilfestellung erhalten. Dazu gehören u.a. die Schuldner- und Insolvenzberatung der Verbraucherzentrale. Das Kinderbüro ist für eine Erstberatung auch Ansprechpartner für die Kinder und Jugendlichen.

Der Jugendsituationsbericht Nr. 2/2003 wurde an die Mitglieder verteilt.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, wie der derzeitige Stand der Rückholung im UVG sei, da dies bereits öfters Thema war.

**Herr Rochau** wies darauf hin, dass die Rückholquote von 6,3% auf 11,5 % erhöht wurde. Die Zielvereinbarung für 2004 geht auf 13% zu.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, welche Bereiche zum Stadtteil Ost gehören, ist dies analog des Sozialraumes.

**Die Verwaltung** antwortete, dass der Stadtteil Ost nicht mit dem Sozialraum gleichzusetzen ist. Stadtteil Ost ist Freimfelder Straße, Landsberger und Klepziger Straße, also Grenze Büschdorf bzw. Riebeckplatz. Der Sozialraum ist größer.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied** zur Problematik Schule Freimfelder Straße, hier ist die Besorgnis um die Drogenproblematik größer als an anderen Schulen.

**Frau Günther** verwies darauf, dass sie dazu etwas im anschließendem TOP sagen wird.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, ob es Aussagen zur Situation an Schulen, speziell KGS Humboldt, im Zusammenhang mit den kurdischen Kindern und Jugendlichen gibt.

**Die Verwaltung** antwortete, dass es weniger Probleme auf Grund der Konzentration einzelner Nationalitäten an Schulen gibt sondern mehr die Problematik Schulabbrecher und Mangel an Ausbildungsplätzen bei den Kurden auch Unzufriedenheit hervorruft. Oftmals werden ältere kurdische Kinder in viel jüngere Klassen gesetzt und das führt dann oft zu Frustrationen und Schulabbrüchen.

Ein großes Defizit an Deutschkenntnissen führt ebenfalls zum Schulabbruch. Es ist schwierig, dann geeignete Maßnahmen für diese Jugendlichen zu finden, um diese wieder einzugliedern. Es bestehen zwischen der KGS Humboldt und der Jugendfreizeiteinrichtung „Gimritzer Damm“ gute Kontakte. Wenn es Probleme gibt, wenden sich die Lehrer an Herrn Dr. Yousif, so dass dieser vermittelnd eintritt.

**Frau Szabados** ergänzte, dass die KGS mit bei dem XENOS-Programm eingebunden ist.

**Frau Szabados** verwies auf die Fehlformulierung unter Punkt 2 „zentralisierte Wohnungsvergabe“, die als solche nicht stattfindet. Die Stadt vergibt keine Wohnungen. Wohnungen werden bei den unterschiedlichsten Vermietern durch die Einwohner angemietet.

**Nachfrage durch ein Ausschussmitglied**, was unter den erwähnten „besuchsweisen“ Aufhalten von Kurden aus anderen Bundesländern und Städten zu verstehen ist, um welche Zeitdauer handelt es sich hierbei.

**Durch die Verwaltung** wurde geantwortet, dass diese Besuche sich über 2 bis 8 Wochen erstrecken.

**zu 7      Jahresbericht 2002 - Netzwerk gegen Drogen**  
**Berichterstattung: Frau Günther, Drogenbeauftragte**

---

**Wortprotokoll:**

**Frau Günther** stellte den Jahresbericht „Netzwerk gegen Drogen 2002“ vor. Sie verwies darauf, dass der Mischkonsum gefährlich ist. Dramatisch ist der Missbrauch von Nikotin und Alkohol.

Frau Günther sprach an, dass die Beratungsstellen in der Stadt gut ausgelastet sind .

Sie verwies auf **drei Schwerpunktthemen**, auf welche sie wie folgt näher einging.

**1. Diskussion zur Landsberger Straße**

Aus ihrer Sicht gibt es an der Schule in der Freimfelder Straße keine hervorgehobene Situation gegenüber anderen Schulen. Sie hat Kontakt zur Schule und hat Angebote gemacht, dass sie bei Problemen zu Elternabenden an die Schule kommen würde. Dieses Angebot wurde bisher nur einmal in Anspruch genommen. Für sie hat sich gezeigt, dass diese Problematik die Eltern nicht zu beschäftigen scheint, da zu dem gewünschten Elternabend nur vier Eltern erschienen waren. Durch die Direktorin wird die Problematik auch nicht als dramatisch eingeschätzt, die Dealer halten sich von der Schule fern. Offensichtlich ist, dass junge Mädchen Kontakt zu den jungen Schwarzafricanern suchen. Dem versuchen die Lehrer entgegenzuwirken. Die Polizei und der Fachbereich Ordnung und Sicherheit sind regelmäßig vor Ort.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass auf Grund der vorhandenen Bürgerproteste sich ein Arbeitskreis, welchem der FB Ordnung und Sicherheit, Polizei, die Drogenbeauftragte u.a. angehören, gebildet hat. Mehrere Häuser wurden aus baurechtlicher Sicht geprüft. Bei Mietern, welche Sozialleistungen beziehen, wurde dort überprüft, ob diese Leistungen gerechtfertigt sind. Ein Problem sind die unkontrollierbaren Besucher. Die Polizei hat sich jetzt entschlossen, dort eine Videoüberwachung zu veranlassen. Der Drogenkonsum und das Dealen kann damit nicht verhindert werden, dies kann nur zur Entlastung beitragen. In der Freimfelder Straße soll es eine Schulumverlagerung geben, so dass dort zukünftig eine lernbehinderte Schule sein wird. Es werden gezielte Präventionsmaßnahmen an dieser Schule durch Frau Günther stattfinden.

**2. Zusammenarbeit mit Justiz**

**Frau Günther** informierte darüber, dass keine externen Beratungen mehr in der JVA stattfinden sollen, nur noch interne. Diese Problematik ist sehr schwierig anzusehen. Gestern hat der Präventionsrat getagt. Prof. Marneros würde in dieser Angelegenheit den Koordinierungskreis unterstützen. Es wird im Koordinierungskreis eine Diskussion dazu geben. Eine Vertreterin der JVA ist dort ebenfalls Mitglied, diese arbeitet aber nur auf einer halben Stelle. Es muss mit den jungen Menschen in der JVA gearbeitet werden, damit anschließend eine Entwöhnungstherapie stattfinden kann.

**Frau Szabados** sprach an, dass die Entscheidung durch das Justizministerium gefallen ist. Fakt ist aber, dass eine Reaktion darauf erfolgen muss. Bei Entlassungen dieser jungen Menschen haben wir die nächsten Probleme vorprogrammiert. Hier wird an der falschen Stelle gespart.



Hinweis durch **ein Ausschussmitglied der LIGA**, dass es hierzu auch einen Schriftverkehr zwischen der LIGA und den entsprechenden Ministerien gab. Es ist unerlässlich, dass ein Kontaktaufbau bestehen muss, der nach der Entlassung der jungen Menschen aus der JVA weitergeführt werden muss. Eine externe Beratung in der JVA ist aus fachlicher Sicht zu befürworten.

**Frau Hanna Haupt** verwies darauf, dass die halbe Stelle in der JVA die notwendige Arbeit nicht leisten kann. Die meisten Inhaftierten sind drogenabhängig oder alkoholkrank. Wenn sie nach Halle entlassen werden, kommt hier ein unaufhaltsames Problem auf die Kommune zu.

### **3.Zusammenarbeit mit Schule einschließlich Kultusministerium**

**Frau Günther** sprach an, dass mit Herrn Dr. Dietze vom Staatlichen Schulamt ein Entwurf für eine Vereinbarung gemacht werden sollte. Durch das Staatliche Schulamt wurde jetzt mitgeteilt, dass dies zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Grund von Umstrukturierungen nicht angebracht ist. Schule ist Aufgabe des Landes, die Problematik muss aber gemeinsam angegangen werden.

Die Jugendhilfe kann nur einen Teil der Verantwortung übernehmen. Lehrer wissen immer noch zu wenig über den Umgang mit dieser Problematik. Zur Zeit ist die Präventionsfachkraft noch in Ausbildung, es ist angedacht, dass diese sich dann an einzelne Schulen wendet, um hier präventive Konzepte zu erarbeiten.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes**, ob die Präventionsfachkraft, die an die Schulen gehen soll, hier die Rolle einer Vertrauensperson und zur Beratung übernehmen soll.

**Frau Günther** antwortete, dass die Mitarbeiterin eine Multiplikatorenrolle übernehmen wird. Sie soll Ansprechpartnerin für Lehrer und Eltern sein.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes**, ob es nicht denkbar wäre, an jeder Schule einen Vertrauenslehrer zu schaffen.

**Frau Deckwerth** antwortete, dass es an vielen Schulen Vertrauenslehrer gibt, die sich aber nicht nur mit der Problematik Drogen sondern insgesamt Gesundheitserziehung beschäftigen.

Sie verwies darauf, dass es das Problem Elternabend gibt, da viele Eltern nicht mehr dorthin gehen. Erst recht nicht zu thematisierten Elternabenden, wie z.B. zur Drogenproblematik. Die Lehrer verschließen sich teilweise vor den Problemen. Sie hat davon gehört, dass einige Äußerungen von Betroffenen war, dass sie nicht mehr zu den Beratungsstellen gehen, weil dort die Problematik heruntergespielt wird, nach dem Motto „Es sei doch nicht so schlimm“. Zur angedachten Kooperationsvereinbarung äußerte sie sich dahingehend, dass dies momentan durch das Staatliche Schulamt nicht leistbar ist. Die Schulen können aber direkt angesprochen werden, auch ohne Kooperationsvereinbarung. Schule kann hier selbständig entscheiden. Es kann über die Schiene von unten nach oben laufen.

**Frau Günther** sprach an, dass sie die Diskussion mit Eltern kennt, die meinen, ihr Kind habe ein Problem mit Cannabis. Eltern und Lehrer, die unter Druck stehen, haben die Erwartungshaltung, dass das Problem gleich und sofort gelöst wird. Die Beratungsstellen signalisieren ihnen aber, dass es ein längerer Weg dahin ist. Die Information muss sachlich richtig sein und sich nicht an der Angst der Eltern orientieren.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes**, was gegen die Plätze der „öffentlichen Trinkgelage“ unternommen werden kann, da sich Bürger dadurch oftmals belästigt fühlen.

**Frau Günther** antwortete, dass dieses Thema öfters Gegenstand von Gesprächen mit dem FB Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit war. Rechtlich gibt es hier keine Handhabe, erst wenn ein aggressives Verhalten sichtbar wird, kann ein Polizeieinsatz erfolgen.

**Frau Szabados** wies darauf hin, dass diese Problematik in entsprechenden Arbeitskreisen oder im Streetworkbereich Thema sein kann, wo man auf diese Leute zugeht.

**Herr Rochau** verwies darauf, dass die Hemmschwelle gesunken ist. Die Eigenverantwortung der Jugendlichen ist durch das neue Jugendschutzgesetz, welches seit 01.04.2003 in Kraft getreten ist, gestärkt worden.

**Hinweis durch ein Ausschussmitglied**, dass die Mixgetränke oftmals sehr häufig durch die Jugendlichen genossen werden, so dass hier eine schleichende Gewöhnung an Alkohol erfolgt.

## **zu 8 Informationsvorlage zur Umsetzung des ESF-Förderschwerpunktes "Lokales Kapital für soziale Zwecke" in der Stadt Halle (Saale)**

---

### **Wortprotokoll:**

**Frau Szabados** informierte über die Umsetzung des ESF-Projektes mit dem Förderschwerpunkt „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ in der Stadt. Im Land Sachsen-Anhalt wurde das Förderprogramm an bestehende „Pakte für Arbeit“ gekoppelt. Die Stadt erhielt hier einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 260.000 € für den Zeitraum 01.01.2003 – 31.12.2004. Im Rahmen dieses Programmes können Kleinstprojekte mit einem Finanzvolumen bis max. 20.000 € gefördert werden.

Im Januar 2003 wurde im Amtsblatt dazu ein Ideenwettbewerb ausgeschrieben, welcher großes Interesse hervorgerufen hat. Es erfolgten 31 Anträge. Durch einen gegründeten Programmbeirat, welcher die Anträge begutachtet hat, wurden 22 Anträge als förderwürdig eingestuft.

Weiterhin informierte **Frau Szabados** zu dem unter b) beschriebenen Bundesprogramm „LOS“. Hierbei hat die Stadt zwei Fördergebiete: Halle-Neustadt und die Silberhöhe im Förderprogramm Soziale Stadt ausgewiesen. Entsprechende Anträge wurden durch die Stadt eingereicht. Mit einer Bewilligung ist zu rechnen.

Sie verwies auch auf die beiliegenden Anlagen der Informationsvorlage.

In der Anlage 2 sind die Projekte aufgelistet, welche im Rahmen des Paktes für Arbeit gefördert werden.

**Anfrage von Frau Hanna Haupt** zu den Antragstellern Un-art-IG e.V. und Frau Mojak.

**Herr Sauermann** erläuterte, dass von den 22 Projekten, 2 bereits abgeschlossen wurden, 5 in der Vorbereitungsphase sind und 14 laufen, 1 Projekt hat gerade begonnen. Für den 16.10. ist ein Workshop geplant, bei dem die erreichten Zwischenergebnisse vorgestellt werden sollen. Er unterbreitete den Vorschlag, die aus der Veranstaltung resultierende Dokumentation im Ausschuss anschließend vorzustellen. Dies ist günstiger, als jetzt auf die einzelnen Antragsteller einzugehen.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes**, ob es sich hierbei um neue Projekte handelt, die jetzt erst umgesetzt werden und was unter dem Projekt Nr. 10 „Sozialer Beratungsdienst Silberhöhe“ zu verstehen ist.

**Die Verwaltung** bejahte, dass es sich hierbei um neue Projekte handelt.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass bei Interesse zu einzelnen Projekten und Antragstellern Informationen über Herrn Sauer mann eingeholt bzw. sich die Unterlagen angesehen werden können. Zudem werden die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses eine Einladung zum Workshop erhalten, an dem sie bei Interesse teilnehmen können.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, ob alle Konzepte durch Fachleute geprüft wurden.

**Frau Szabados** antwortete, dass diese durch den gegründeten Programmbeirat, welcher aus unterschiedlichen Fachleuten zusammengesetzt war, entsprechend der Förderrichtlinie bewertet wurde.

**Herr Weiske** ergänzte, dass es viele Nachfragen nach dem Aufruf gab. Einige Projekte waren aber nicht förderungswürdig.

**Frau Szabados** verwies darauf, dass es eine Richtlinie gab, an die man sich zu halten hatte. Der Programmbeirat wurde durch den Pakt für Arbeit berufen.

## zu 9      **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

### **Wortprotokoll:**

**Ein Ausschussmitglied** äußerte im Zusammenhang mit der zu erwartenden Bedarfs- und Entwicklungsplanung im KITA-Bereich für 2004 die Bitte, dass hierzu die Freien Träger vorher angehört werden.

Bei der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung, in der es auch um Horte geht, wurden die Freien Träger nicht einbezogen.

**Frau Szabados** antwortete, dass die Schulentwicklungsplanung im Jugendhilfeausschuss im November auf der Tagesordnung stehen wird.

Sobald eine Überarbeitung des BEP notwendig sei, würden natürlich die Freien Träger beteiligt.

**Durch ein Ausschussmitglied** wurde die Verfahrensweise zur Vorlage Schulentwicklungsplanung kritisiert. Die Stellungnahme zur Kinderfreundlichkeitsprüfung geht nicht auf tatsächlich wichtige Aspekte zur Kinderfreundlichkeit ein. Der Kommentar ist sehr dürrig. Zu große Grundschulen und die geplante 7-zügige Schule in Neustadt können nicht aus Sicht der Kinderfreundlichkeit befürwortet werden.

Ständige Veränderungen im Zusammenhang mit der Vorlage schaffen keine Transparenz. Der Stadtteil Ost ist z.B. sekundarschulfrei. Dies könne nicht unwidersprochen durch den Geschäftsbereich Soziales, Jugend und Gesundheit hingenommen werden. Der Bildungsausschuss kann hierüber allein nicht entscheiden. Dies kann nur gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss erörtert werden. Ein entsprechender Antrag wurde jetzt gestellt.

**Frau Szabados wies** darauf hin, dass es ein Prinzip der Verwaltung ist, ein einheitlich Handeln zu praktizieren. Wenn die Verwaltung eine Vorlage einbringt, ist diese vorher zwischen den Geschäftsbereichen abgestimmt worden. Sie zeigte ihr Unverständnis darüber, dass die verwaltungsinternen Stellungnahmen ebenfalls verteilt wurden. Der Geschäftsbereich V und der Fachbereich 51 hätten sich internen Abstimmungsprozessen an der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung entsprechend ihres Auftrages eingebracht. Die Kinderfreundlichkeitsprüfung wurde in die Vorlage einbezogen. Frau Szabados verwies eindeutig darauf, dass die Stellungnahmen zur Kinderfreundlichkeitsprüfung nicht

durch das Kinderbüro gemacht werden. Das Kinderbüro hat Kriterien zur Kinderfreundlichkeit erarbeitet und die einzelnen Geschäfts- und Fachbereiche müssen bei der Einarbeitung von Entscheidungsvorschlägen die Kinderfreundlichkeit einschätzen und ihre Stellungnahmen dazu abgeben. Dazu gibt es in den einzelnen Fachbereichen Kinderfreundlichkeitsbeauftragte.

**Durch ein Ausschussmitglied** wurde angesprochen, dass diese Vorlage auch dem Kinder- und Jugendrat vorgelegt werden sollte.

Die Freien Träger werden noch vor der Sitzung des Jugendhilfeausschusses in die Diskussion um die mittelfristige Schulentwicklungsplanung einbezogen - über das Ergebnis wird der Jugendhilfeausschuss informiert.

## **zu 10      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

### **Wortprotokoll:**

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied** zum Spielplatz Pilger Straße/Wüsteneckstraße, hinsichtlich der sich dort befindenden Spielgeräte für ältere Kinder.

**Herr Weiske** antwortete, dass dieser Spielplatz oberste Priorität hatte. Es ist dieses Jahr gelungen, diese Fläche vorzubereiten und erst mal so auszustatten, wie der jetzige Stand ist. 2004 sollen dort für kleinere Kinder auch noch Spielgeräte aufgebaut werden, sobald der Haushalt bestätigt ist.

## **zu 11      Mitteilungen der Verwaltung zur Anfrage von Frau Ute Haupt im JHA Juni 2003 zur Jugendclique Silberhöhe in Verbindung mit der Umsetzung des Präventionskonzeptes Kinderdelinquenz**

---

### **Wortprotokoll:**

**Frau Hanna Haupt** teilte mit, dass sich Frau Schneutzer dem Ausschuss als zukünftige Ausländerbeauftragte vorstellen möchte.

**Frau Petra Schneutzer** stellte sich dem Ausschuss vor, in dem sie ihren beruflichen Entwicklungsweg der letzten Jahre kurz beschrieb. Da sie dem Ausschuss auf Grund ihrer vorhergehenden Tätigkeit bereits bekannt ist, gab es keine Anfragen zu ihrer Person.

**Der Ausschuss** hinterfragte, wie die Entscheidung zur Stellenbesetzung erfolgte.

**Frau Szabados** teilte mit, dass diese Stelle verwaltungsintern ausgeschrieben wurde. Es gab mehrere Bewerbungen, die Bewerbungsgespräche wurden in Anwesenheit des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten geführt. Frau Schneutzer hat sich unter diesen Bewerbern hervorgehoben. Diese Stelle ist über die Verwaltung und nicht den Stadtrat zu besetzen. Die Stellenbesetzung erfolgt zum 15.09.2003.

**Durch Frau Fischer** wurde darum gebeten, dass die Verwaltung sicherstellt, dass trotz des schnellen Wechsels eine entsprechende Übergabe erfolgt. Die Stelle bei „Neustart“ sollte durch Umbesetzung weiterlaufen.

**Frau Szabados** sicherte dies zu.

## **Mitteilung der Verwaltung zur Anfrage von Frau Ute Haupt zur Jugendclique Silberhöhe in Verbindung mit der Umsetzung des Präventionskonzeptes Kinderdelinquenz**

**Herr Rochau** teilte mit, dass es sich bei den einbrechenden jungen Menschen, um vier strafmündige Jugendliche und 2 Kindern unter 14 Jahren handelte. Es handelt sich hierbei nicht ausschließlich um klassisches ASD-Klientel. Die Verschuldung ist für die Jugendlichen enorm, da Forderungen von 50 T€ auf sie zukommen. 1 Jugendlicher war dem ASD bekannt.

Die vier Jugendlichen wurden im Jugendstrafverfahren zu je 40 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Damit gelten sie als vorbelastet. Die hohen Schulden werden sich negativ auf deren weiteren Lebensweg auswirken. Mit den zwei strafunmündigen Kindern und deren Familien wurden Gespräche geführt. Auf Grund der Schwere der Straftat wird die weitere Vorgehensweise entsprechend des Konzeptes Kinderdelinquenz ausgerichtet werden.

### **Weitere Mitteilungen:**

**Frau Szabados** informierte, dass der Kellnerstraße e.V. Klage eingereicht hat. Die Stadt soll verpflichtet werden, dem Kläger die Stelle zu fördern. Der Vorgang liegt dem Rechtsamt zur Bearbeitung vor.

**Frau Szabados** informierte darüber, dass es zum Jump plus Programm den Auftakt jetzt gegeben hat. Hierzu gibt es eine Kooperationsvereinbarung mit dem Arbeitsamt. Das Arbeitsamt stellt die Mittel aus dem Sonderprogramm des Bundes zusätzlich stehen ESF-Mittel zur Verfügung und die Stadt schafft die Arbeitsplätze über den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung. Dieses Programm läuft bis Ende 2004. Dieses Programm beinhaltet, dass Jugendlichen bis 25 Jahren, die in Sozialhilfe sind, jetzt eine Möglichkeit zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt geboten wird. Laut Programm werden es 800 junge Menschen in Halle sein, davon haben 100 jetzt ihre Arbeit in verschiedenen Bereichen wie z.B. Rennbahn, Jugendwerkstätten, Grünflächenamt aufgenommen .

**Durch einige Ausschussmitglieder** wurde angesprochen, dass sie davon ausgehen, dass diese Jugendlichen nach Programmende wieder in die Sozialhilfe zurückgehen.

**Frau Szabados** antwortete, dass es als Chance gesehen werden muss, dass sie anschließend Arbeit finden.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, durch wen festgelegt wird, in welcher Einrichtung die Jugendlichen arbeiten. Kann ein Jugendlicher auch in eine andere Einrichtung wechseln.

**Frau Szabados** antwortete, dass bei der gemeinsamen Anlaufstelle nach der Eignung gesehen wurde und eine entsprechende Einsatzmöglichkeit geprüft wurde. Innerhalb des Programmes kann auch gewechselt werden, wenn sich herausstellt, dass der Jugendliche lieber etwas anderes machen würde, was seinen Eignungen eher entsprechen würde.

**Anfrage eines Ausschussmitgliedes**, ob die Kindergärten freier Träger hier auch mit einbezogen werden. Wäre es nicht optimaler gewesen, den Jugendlichen nach einem Jahr eine Ausbildung anbieten zu können.

**Frau Szabados** antwortete, dass laut der Richtlinie zu dem Förderprogramm das Arbeitsamt die entsprechenden Mittel bereitstellt. Ergänzende ESF Mittel sind daran gebunden, dass durch das Arbeitsamt die Mittel gegeben werden. Sie sprach an, dass bei Interesse von Einrichtungen an Jugendlichen für bestimmte Tätigkeiten diese sich an Herrn Otto wenden können, auch Kindergärten.

Die Freien Träger können diese Möglichkeit ebenfalls nutzen.

**Anfrage durch ein Ausschussmitglied**, welche Arbeiten im Winter durch die Jugendlichen ausgerichtet werden.

**Frau Szabados** antwortete, dass Herr Otto flexibel reagiert und Möglichkeiten haben wird, um Einsätze entsprechend zu organisieren.

**Weitere Mitteilungen:**

**Frau Szabados** informierte, dass die Stadt zum zweiten Mal den Preis „engagiert für halle“ im Amtsblatt ausgeschrieben hat. Insgesamt werden 9 Preise verliehen. In jeder Kategorie gibt es eine 1-jährige Patenschaft eines regional tätigen Unternehmens für die prämierte Organisation. Bis zum 30.09.2003 können Auszeichnungsvorschläge bei der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis eingereicht werden.

**Frau Fischer** informierte, dass der Aufruf zur Bürger-Stiftung.Halle jetzt herausgegeben wurde. Entsprechende Faltblätter wurden verteilt. Neben dem Rathaus ist ein aktueller Stiftungsstand ersichtlich.

## zu 12 Anregungen

---

**Wortprotokoll:**

Es gab keine Anregungen.

Hanna Haupt

Szabados

Ausschussvorsitzende

Bürgermeisterin

gez.Kaupke

Protokollantin